

V0099/24

Nachhaltigkeitseinschätzung für Beschlussvorlagen - Ende der Testphase und künftige Handhabung

(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Antrag:

Zur Umsetzung der beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie wird eine Nachhaltigkeitseinschätzung als Bestandteil von Beschlussvorlagen über die Testphase hinaus dauerhaft beibehalten. Die Nachhaltigkeitseinschätzung als Bestandteil von Beschlussvorlagen wird künftig nur noch die Gesamteinschätzung des Vorhabens enthalten.

Der Bewertungsbogen zur Nachhaltigkeitseinschätzung wird nicht mehr in den Beschlussvorlagen enthalten sein, sondern um den Klimacheck (Ziffer 8 des Beschlusses V0321/22) erweitert und dient künftig als Ausfüllleitfaden um zur Gesamteinschätzung des Vorhabens zu gelangen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	14.03.2024	Vorberatung
Stadtrat	10.04.2024	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 14.03.2024

Herr Huber geht auf die Beschlussvorlage ein und informiert, dass Ingolstadt im nationalen Vergleich des Einsatzes für Nachhaltigkeit und dessen Dokumentation ziemlich weit voran sei. Auch wenn keine gesetzliche Pflicht zu einer Nachhaltigkeitseinschätzung beabsichtigter Maßnahmen bestehe, werde dem Thema bundesweit zusehends Aufmerksamkeit gezollt. Festzustellen sei allerdings, dass viele mit dem Ausfüllen der bisher getesteten Nachhaltigkeitseinschätzung überfordert seien. Auch habe im Ergebnis die gute Nachhaltigkeitsbewertung des Vorlagenerstellers ständig überwogen. Herr Huber betont, dass dies keine unlautere Absicht sei. Es sei klar, dass jeder Beschlussvorlagenersteller sein Vorhaben voranbringen wolle. Dieser sehe das Ganze immer unter einem positiveren Licht als jemand, der neutral oder dagegen eingestellt sei. Weiter sei nur für rund ein Viertel der Beschlussvorlagen die Nachhaltigkeitseinschätzung abgegeben worden. Oft habe es sich um Ausnahmen gehandelt, welche immer plausibel dargestellt worden seien. Dies lag immer in der Verantwortung des Vorlagenerstellers. Man habe erwartet, dass das Plenum in der Diskussion die Nachhaltigkeitseinschätzungsergebnisse unterstützend oder kritisierend aufgreifen werde. Der jetzige Plan sei die Fortführung der Nachhaltigkeitseinschätzung in einer verkürzten Form. Es solle nur noch die Gesamtauswirkung als Freitext abgefragt werden. Die bisherige Tabellenform diene nur noch als Leitfaden zur Orientierung und wird nicht mehr Bestandteil der Beschlussvorlagen sein. Dies solle zeigen, dass man sich Gedanken zur Nachhaltigkeit gemacht habe. Wenn etwas unrealistisch klinge, könne es in der Diskussion im Plenum aufgegriffen werden.

Ganz so ein zahnloser Tiger sei die Nachhaltigkeitseinschätzung nach den Worten von Stadträtin Leininger nicht und auch nie gewesen. Sie sehe es nicht so, dass diese wenig gelesen worden sei, bzw. kein Statement stattgefunden habe. Dabei verweist sie auf die Nachhaltigkeitseinschätzung des heutigen TOP 1. Hier sei dies überaus präzise und auf den Punkt gebracht dargestellt. Ihres Erachtens könne dies eins zu eins so hergenommen

werden. Für sie sei dies sehr hilfreich. Wenn dies aber nicht auf fruchtbaren Boden falle, könne Stadträtin Leininger mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen. Ihre Fraktion finde es wichtig den Zusatz zur Klimaneutralität, diesen Klimacheck, mit anzufügen. Stadträtin Leininger betont, dass sie das tabellarische Bewertungsschema immer kritisch gesehen habe, denn eine positive Bewertung liege in der Natur des Menschen. Deshalb sei eine gewisse Neutralität innerhalb eines Schemas nicht zu erreichen.

Stadträtin Klein zeigt sich erfreut über die bisher geleistete Arbeit und Energie für dieses Thema. Nun denke man über die dritte Variante nach. Das Ziel das damit verfolgt werde sei ein Gutes. Es werde dokumentiert, wie die Entscheidungen des Stadtrates vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsagenda einzuordnen seien. Stadträtin Klein verweist aber auf ein „Aber“. Ihres Erachtens seien die aufgeführten Zahlen der Vorlage beeindruckend. Gerade einmal ein Viertel der Vorlagen seien damit ausgestattet und auch der Stadtrat habe sich so gut wie nie in den Debatten mit den Einschätzungen beschäftigt. Es sei klar, wenn der Stadtrat eine Entscheidung zu einem Thema treffen müsse, dass sich dieser damit beschäftige und die Auswirkungen auf Nachhaltigkeit und Klimalage im Blick habe. Insofern würde sie dies nicht von der Dokumentation und ob sich der Stadtrat damit auseinandergesetzt habe, abhängig machen. Dies erfolge auf einer ganz anderen Ebene. Dass dies für gewisse statistische Erhebungen dokumentiert werde, sehe sie auch ein, aber ob dafür wirklich Verlautbarungen der Sitzungsvorlage benötigt werden, bezweifle Stadträtin Klein. Weiter verweist sie auf ihre Erfahrungen, dass in der Stadtverwaltung mit sehr großer Sorgfalt, was die Sitzungsvorlagen betreffe, gearbeitet werde. Dies habe nicht nur den Hintergrund, dass diese auch Grundlage einer jeden Beschlussfassung würden. Stadträtin Klein glaube, dass sich die Mitarbeitenden umso mehr Gedanken machen, was sie dort hineinschreiben. Deshalb plädiert sie im Sinne des Bürokratieabbaus dafür, die formale Nachhaltigkeitseinschätzung ganz zu lassen. Vielleicht reiche ein interner Vermerk zum Thema, um dies statistisch erheben zu können. Sie wünscht nochmals bei den Sitzungsvorlagen tatsächlich darauf zu verzichten, um die Mitarbeitenden zu entlasten. Es sei kein Drama, wenn man nun feststelle, dass man dies wieder lassen könne.

Stadtrat Dr. Meyer fragt nach, ob diese verkürzte Form nur in den Frontämtern erscheine und in der Verwaltung weiterhin die ausführliche Bewertung erfolge. Oder solle die Verwaltung auch eine sehr abgespeckte Form der Bewertung treffen.

Es sei so angedacht, dass die ausführliche Tabellenform komplett wegfalle, so Herr Huber. Die Verwaltung müsse sich ebenfalls nicht mehr „durchkämpfen“. Das bisherige Schema diene als Leitfaden, der herangezogen werden könne, aber nicht müsse.

Stadtrat Witty regt einen Testlauf diesen neuen Nachhaltigkeitschecks für drei Vorlagen bis zur nächsten Stadtratssitzung an. Es solle nicht unnötig Bürokratie entstehen, aber aus seiner Sicht habe dieser Check den Vorteil, dass zusammengefasst sei, welche Auswirkungen es auf das Klima gebe. Diejenigen die die Vorlage erstellen seien tief in der Thematik und täten sich relativ leicht mit der neuen Version dieses Checks. Insofern sollte dies dann nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen.

Gegen einen Testlauf spreche nichts, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Die CSU-Stadtratsfraktion signalisiert keine Zustimmung und stellt den Antrag dies nicht mehr weiter zu verfolgen.

An Stadtrat Witty gewandt teilt Herr Huber mit, dass man schon relativ weit im Sitzungslauf sei und diese Veränderung nicht mehr bis zur nächsten Stadtratssitzung eingeführt werden könne.

Wenn die CSU-Stadtratsfraktion dieser Vorlage nicht zustimme bedeute dies laut Bürgermeisterin Kleine, dass diese künftig keine verbindliche Nachhaltigkeitseinschätzung zu den Stadtratsvorlagen haben wolle. Diese wolle nach Erachten von Bürgermeisterin

Kleine, dass es jedem Referat selbst überlassen bleibe, ob es auf das Thema der Nachhaltigkeit eingehen. Bürgermeisterin Kleine sehe dies als deutlichen Rückschritt in der Darstellung dessen, dass die Stadt bemüht sei nachhaltige, überprüfbare Entscheidungen zu treffen. So würde dann verwaltungsimern die künftige Handhabung selbst festgelegt.

Stadtrat Wöhrl gehe schon davon aus, dass jeder Stadtrat selbst eine Einschätzung treffen könne, denn dies mache ein Stadtrat immer. Genauso sehe er dies bei der Verwaltung. Das andere sei ja nur eine Dokumentation. Aber eine Einschätzung traue er den Leuten schon zu, was nachhaltigkeitspositiv oder negativ sei. Man spreche immer von Entbürokratisierung und mache das Gegenteil. Wenn dies allerdings von EU-Seiten her vorgeschrieben sei, sei dies eine andere Sache.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt vor, den Antrag zurück in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat zu verweisen. Die Abstimmung zum Änderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion verweist er in den Stadtrat.

Der Antrag wird zurück in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.